

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 71
vom 11. April 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G r i m m, Dr. P a l t a u f, H a u e i s, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

Die Sektionschefs W e n e d i k t e r und Dr. U e b e l h ö r, die Ministerialräte Dr. W e i g l, B e r g m a n n, Dr. W i l f l i n g, Dr. L e o n h a r d, Dr. A i g n e r und Dr. F e i l e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 9.00 – 11.45

Reinschrift (5 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll

I n h a l t:

Vorauszahlungen für den Monat April 1921.

Beilagen

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Bericht über die am 8. April mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und der Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaft und der Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände durchgeführte Verhandlungen (3 Seiten); Forderungen (1 Seite)

Vorauszahlungen für den Monat April 1921.

Der V o r s i t z e n d e bringt dem Ministerrat zur Kenntnis, daß das Ministerialkomitee zur Verhandlung mit den Angestelltenorganisationen am 8. April d. J. in der Frage der

71 – 1921-04-11

Vorauszahlungen für den Monat April 1921 mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände eingehende Verhandlungen gepflogen habe. Diesen Beratungen seien folgende Forderungen zugrunde gelegen:

1. Die Forderung der Sektion der öffentlichen Angestellten auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaße wie im Monate März und darüber hinaus eines Betrages, durch den das Plus, das den Verkehrsangestellten durch die ihnen gewährte Osterzuwendung gegenüber den Staatsangestellten gewährt wurde, ausgeglichen wird. Die Beträge sind nach Dienstkategorien ziffermäßig von 2500 bis 600 Kronen abgestuft. Außerdem wird der Ausgleich in den Familienzulagen gegenüber den Verkehrsangestellten gefordert.

2. Forderung der Arbeitsgemeinschaft auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaße wie im Monate März und darüber hinaus eines einheitlichen Betrages von 2500 Kronen für jeden Angestellten. Ferner wird ebenso wie im P. 1 der Ausgleich in den Familienzulagen gefordert (150 Kronen für jedes Kind und 250 Kronen für die Gattin).

Der Vertreter der Sektion der öffentlichen Angestellten hätte sich sodann der von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Forderung angeschlossen, zu der die Regierungsvertreter mit nachfolgender Erklärung Stellung nahmen:

1. Die im Monate März gegebene Vorauszahlung wird im April ausbezahlt.

2. Die Regierungsvertreter sind bereit, bei der Regierung dafür einzutreten, daß über das Ausmaß der März Zahlungen hinaus ein weiterer Betrag bezahlt wird. Die Feststellung seiner Höhe muß aber wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf eine den Verkehrsangestellten zu gewährende Vorauszahlung gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen der Bundesangestellten und den Vertretern der Verkehrsangestellten vorbehalten bleiben.

3. Sollten diese Verhandlungen nicht rechtzeitig zu einem befriedigenden Abschlusse führen, so wird Vorsorge getroffen werden, daß die Auszahlung s u b P. 1 unbedingt am 15. April erfolgt.

4. Die sich nach den Verhandlungen ergebende Aufzahlung wird binnen kürzester Frist, jedenfalls aber noch im Monate April, flüssig gemacht werden.

Zu dieser Erklärung habe Professor S c h i n d l e r im Namen sämtlicher anwesenden Organisationsvertreter die Gegenerklärung abgegeben, daß nach einstimmigem Beschlusse der Vertreter der Vorschlag der Regierung als vollkommen unannehmbar bezeichnet und glatt abgelehnt werde. Die Vertreter seien hiebei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei der Beratung der März-Zuwendung an die Eisenbahner im Hauptausschusse von Seite der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß der geldliche Effekt für den Bundesangestellten

71 – 1921-04-11

mitgerechnet werden müsse, weil diese Zuwendung nicht ohne Rückwirkung auf die Staatsangestellten bleiben werde. Aus der Hinnahme dieser Bemerkung im Hauptausschuß ging die Zustimmung desselben zu dieser Rückwirkung hervor, so daß für eine Zuerkennung an die Bundesangestellten bereits im weiteren Rahmen vorgesorgt sei. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen halten ihre bereits formulierten Forderungen aufrecht, legen sie der Regierung neuerlich vor und ersuchen um eine präzise Erklärung, wie sich die Regierung nach Ablehnung ihres Vorschlages zu den Angestelltenforderungen stellt.

Darauf hätten die Regierungsvertreter die folgende Erklärung abgegeben:

Da die vorbehaltlose Genehmigung der neuerlich gestellten Forderungen über den Rahmen der den Regierungsvertretern vorgezeichneten Verhandlungsgrundsätze hinausgehe, müssen sie hierüber der Regierung berichten. Nach Maßgabe der Entschließungen der Regierung werden die Verhandlungen in den allernächsten Tagen fortgesetzt werden. Damit jedoch die Auszahlung der März-Beträge bis spätestens 15. April sichergestellt werden kann, beabsichtigen die Regierungsvertreter der Regierung den Antrag zu unterbreiten, daß die Verfügungen wegen Flüssigmachung dieser Vorauszahlungen sofort erlassen werden.

Darauf hätte der Präsident des Zentralverbandes, S c h i e d l, namens sämtlicher Vertreter der Angestelltenorganisationen erklärt:

„Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Regierungsvertreter nicht mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sind, um die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen. Wir bedauern, daß die Verhandlungen erst in den nächsten Tagen fortgesetzt werden sollen, weil daraus tatsächlich für uns die Besorgnis, es könnte eine Verzögerung eintreten, erwächst. Um Verzögerungen zu vermeiden, wollen wir der Regierung bis Samstag, den 9. d. M., 8 Uhr abends Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu unseren Forderungen einer Änderung zu unterziehen. Sollte diese Änderung nicht eintreten, so werden wir den Organisationen über die Sachlage berichten.“

Darauf erklärte der Vorsitzende, Sektionschef W e n e d i k t e r, daß bis Samstag eine Stellungnahme der Regierung nicht möglich sei, daß aber bis Montag voraussichtlich die Regierung ihre Beschlüsse gefaßt haben werde.

J a n i c k i hätte sodann für die Angestelltenvertreter folgende Schlußerklärung abgegeben:

Im Auftrage sämtlicher vertretenen Organisationen teile ich mit, daß der in der Erklärung des Präsidenten S c h i e d l zum Ausdruck gebrachte ablehnende Standpunkt aufrechterhalten wird, und zwar zur Gänze, daß jedoch mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Vollmachten der Regierungsvertreter nicht soweit gehen, um heute Stellung nehmen zu können, die Organisationen sich entschlossen haben, den Regierungsvertretern bis Montag, 12 Uhr

71 – 1921-04-11

mittags, zur Einholung neuerlicher Vollmachten Raum zu geben.

Sektionschef *W e n e d i k t e r* hätte in seinem Schlußwort zugesagt, daß über den Verlauf der Verhandlungen der Regierung unverzüglich werde berichtet werden. Da den Entschließungen des Ministerrates in keiner Weise vorgegriffen werden könne, könne auch die Einhaltung des von den Angestelltenvertretern gestellten Termines nicht zugesagt werden.

Der *V o r s i t z e n d e*, glaube nunmehr, vom Ministerrate eine Entscheidung im Gegenstande erbitten zu müssen.

B.-M. Dr. *G r i m m* erklärt, daß die Forderungen darauf hinausgingen, allen Kategorien von Staatsangestellten die ihnen im Monat März bewilligten Vorauszahlungen im gleichen Ausmaße neuerlich zu gewähren und darüber hinaus noch jenen Betrag zuzugestehen, welcher den Verkehrsangestellten in Form der sogenannten Osterzuwendung flüssig gemacht worden sei. In der letzteren Frage handle es sich lediglich um eine billige Ausgleichung zugunsten der durch die erwähnte Osterzuwendung benachteiligten Staatsangestellten, womit sich Redner aus Billigkeitsgründen einverstanden erkläre. Keinesfalls wäre er jedoch in der Lage - und er vermeine, daß auch jedes Mitglied der Regierung diese seine Auffassung teilen müsse - eine Perpetuierung der den Eisenbahnern zu Ostern gewährten und auch ausdrücklich nur als einmalig bezeichneten Zuwendung zuzugestehen, zumal damit eine finanzielle Mehrbelastung um nicht weniger als 10 Milliarden Kronen verbunden wäre. Die Gesamtausgaben des Staates für die öffentlichen Angestellten würden dann nicht weniger als 39 Milliarden betragen, denen nur 28 Milliarden Kronen an gesamten staatlichen Einkünften gegenüberstünden. Der sprechende Minister verweist darauf, daß von dem Erfordernisse des Besoldungsgesetzes ein Betrag von wenigstens 4 Milliarden noch unbedeckt sei und daß das Bundesministerium für Finanzen noch nicht wisse, wie die Bedeckung dieses Fehlbetrages beschafft werden solle. Er glaubt mit besonderem Nachdrucke und in unzweideutiger Weise seine Stellung dahin präzisieren zu müssen, daß er einer Perpetuierung dieser einmaligen Osterzuwendung an die Verkehrsangestellten unter keiner Bedingung seine Zustimmung zu erteilen vermöchte, zumal hiedurch nur eine neuerliche Begünstigung der Verkehrsangestellten geschaffen und damit begreiflicherweise neuerliche Forderungen der Bundesangestellten ausgelöst werden würden. Es erscheine allerdings richtig, daß durch die Wiederholung der Märzvorschüsse an die Staatsangestellten im April zuzüglich einer noch für den März geltenden Angleichung an die den Verkehrsangestellten gewährten Osterzuwendung eine Verschiebung in den Gesamteinkommensbezügen der höheren Beamtengruppen der Bundesangestellten und der Verkehrsangestellten zu ungunsten der letzteren eintreten würde. Daß diese Differenz entsprechend ausgeglichen werden solle, halte

71 – 1921-04-11

die Finanzverwaltung für durchaus billig. Es könne sich dabei aber nur um die höheren Verkehrsangestellten handeln. Redner habe in der letzten Sitzung des Ministerrates auch bereits zugesagt, für diese Zwecke einen Betrag von 1200 Millionen Kronen bereitzustellen. Damit müßten sich jedoch die niederen Kategorien der Verkehrsangestellten unbedingt zufriedengeben; denn es ginge nicht an, jede Besserstellung einzelner Gruppen der Verkehrsangestellten mit der Forderung nach einer analogen Besserstellung aller übrigen Gruppen zu verbinden, ohne Rücksicht darauf, daß damit wieder namhafte Unterschiede in den Besoldungsziffern der gleichartigen Gruppen der übrigen Staatsangestelltenschaft geschaffen werden.

Der sprechende Minister vermeine daher, daß es Sache des Bundesministers für Verkehrswesen sei, die Verkehrsangestellten hierauf in dezidierter Weise aufmerksam zu machen.

B.-M. Dr. P e s t a erwidert, daß sich die Verkehrsangestellten nach seiner Kenntnis der Sachlage keineswegs werden davon abbringen lassen, auf eine Perpetuierung der Osterzuwendung dann zu verzichten, wenn die Staatsangestellten im Monate April die Märzvorschüsse neuerlich erhalten sollten. Auch dürften sich die Verkehrsangestellten-Organisationen seiner Überzeugung nach kaum dazu bereit finden, eine finanzielle Besserstellung der höheren Beamtengruppen ohne gleichzeitige Berücksichtigung auch der niedrigen Ränge zuzugestehen, da damit der von ihnen starr festgehaltene Verhältnisschlüssel zu ihren Ungunsten verschoben würde. Es dürfe eben nicht übersehen werden, daß die Verkehrsbediensteten in den niedrigen Rängen die weitaus überwiegende Mehrheit bilden, straff organisiert seien und den Betrieb, für dessen klaglose Aufrechterhaltung Redner verantwortlich sei, jeden Augenblick stillzulegen vermögen. Schließlich könne nicht außer Betracht bleiben, daß die im Verkehrsdienst stehenden pragmatisierten Staatsangestellten bei den drei letzten Beförderungsterminen unleugbar bevorzugt worden wären, wogegen die entpragmatisierten Verkehrsangestellten, die bereits ihre Besoldungsordnung besäßen, solche Beförderungen für sich nicht hätten geltend machen können. Dies alles verschärfe die Situation derart, daß Redner es für kaum möglich halte, die Verkehrsangestellten von der Forderung nach Wiederholung der Osterzuwendung im Monate April abzubringen.

Ministerialrat Dr. W i l f l i n g gibt sodann eine eingehende Darstellung der Beratungen des Ministerial-Komitees mit den Angestellten-Organisationen über die Höhe der zur Märzvorauszahlung nachträglich noch zu leistenden Beträge. Die in der Sektion der öffentlichen Angestellten innerhalb der Gewerkschaftskommission zusammengeschlossenen Organisationen von Staatsangestellten hätten diesfalls verlangt, eine Vorauszahlung im selben

71 – 1921-04-11

Ausmaß wie im Monate März, vermehrt um:

- a) für Aushilfsdiener und Aushilfsdienerkräfte 1800 Kronen,
- b) für Amtsdienler, Unterbeamte, Kanzleigehilfen und Kanzleiaushilfskräfte (gleichgestellte Vertragsangestellte) 2000 Kronen,
- c) für Offizianten und Beamte ohne Rangsklasse 2200 Kronen,
- d) für Beamte der Gruppen D und E in der XI. und X. Rangsklasse 2200 Kronen, Gruppen D und E in der IX. und VIII. Rangsklasse 2500 Kronen, Gruppen D und E in der VII. Rangsklasse 2000 Kronen,
- e) für Beamte der Gruppe C in der XI. und X. Rangsklasse 2200 Kronen, Gruppe C in der IX. Rangsklasse 2500 Kronen, Gruppe C in der VIII. und VII. Rangsklasse 2800 Kronen, Gruppe C in der VI. Rangsklasse 600 Kronen,
- f) für Beamte der Gruppen A und B in der X. bis VII. Rangsklasse 2200 Kronen, Gruppen A und B in der VI. Rangsklasse 1000 Kronen.

Demgegenüber hätte das Bundesministerium für Finanzen eingehende Berechnungen über diese Frage der Bezugsangleichung angestellt, sei hiebei aber zu einem gänzlich verschiedenen Ergebnisse gelangt. Es handle sich nun darum, welche Antwort den Angestellten-Organisationen im Laufe des heutigen Tages regierungsseitig zu geben wäre.

Hierüber entwickelt sich eine eingehende Debatte, an der sich der Vizekanzler, die B.-M. Dr. G r i m m, Dr. P e s t a und Dr. R e s c h, sowie die Sektionschefs W e n e d i k t e r und Dr. U e b e l h ö r beteiligten, wobei unter anderem auch die Frage des Ausfalles einer Ergänzung der Märzvorschüsse an die Beamten von der V. Rangsklasse aufwärts zur Erörterung gelangt.

Abschließend faßt der Ministerrat den grundsätzlichen Beschluß, daß den Staatsangestellten entsprechend dem Vorschlage des Ministerialkomitees im Monate April eine Zuwendung im gleichen Ausmaße wie im Monate März zu erfolgen ist und daß diese Zuwendung noch durch entsprechend abgestufte Beträge zu erhöhen sein wird, welche bestimmt sind, das Plus auszugleichen, welches den Verkehrsangestellten durch die sogenannte Osterzuwendung gegenüber den Bezügen der Staatsangestellten gewährt worden ist. Von einer Wiederholung dieser Osterzuwendung an die Verkehrsangestellten habe es sein Abkommen zu haben.

Weiters erteilt der Ministerrat dem Ministerialkomitee die Ermächtigung, auf dieser Grundlage mit den Staatsangestellten-Organisationen in weitere Verhandlungen einzutreten und stimmt schließlich der neuerlichen Auszahlung des Märzvorschusses im laufenden

71 – 1921-04-11

Monate, und zwar spätestens am 15. April - vermehrt um die unzweifelhaft feststehenden, nach Rangklassen abgestuften Ergänzungsbeträge - zu.

B.-M. Dr. P e s t a konstatiert, daß die Forderungen der Eisenbahner auf Wiederholung der Osterzuwendung im Monate April bereits angemeldet worden seien. Wenn nun für die pragmatischen Bediensteten die Märzvorschüsse im April neuerlich wiederholt würden, so werde diesen Forderungen der entpragmatisierten Verkehrsbediensteten wohl kaum ein Widerstand entgegengesetzt werden können.

71 – 1921-04-11

Stenogramm

<p>Kernreitner, Wilfling, Uebelhör, Feiler, Bergmann, Aigner, Weigl, Wenedikter, Bernhardt</p>	<p>Wenedikter, Uebelhör, Bergmann, Feiler, Aigner, Leonhard, Weigl, Wilfling, Kernreitner</p>
<p>71 11/4. 21. 9 Uhr</p>	<p>71. 11/4 Ministerielles Komitee</p>
<p><u>Mayr:</u> Forderungen. Das wäre der Sachverhalt. Nun bitte ich, in die Beratung einzugehen. <u>Grimm:</u> Vorgestern und gestern weitere Besprechungen, welche Vorschläge zu erstatten sind. Die Anträge gehen darauf hinaus. Das abgesehen von der gleichen Vorauszahlung, wie im März. All jene Kategorien, welche infolge der einmaligen Zuwendungen an die Eisenbahner im März eine Ergänzung in jener Höhe bekommen, dass sie saturiert sind. Dass keine Beamten mehr, aber auch nicht weniger haben als die Eisenbahner. Die Osterzuwendung im März war ein Unglück. Die Staatsbeamten haben ganz recht, wenn sie das verlangen. Wir müssen da ein Zugeständnis machen, trotz meiner Aufforderung im Ministerrat. Wenn die Eisenbahner-Zuwendungen perpetuiert werden, so sind wir finanziell nicht mehr zu retten. (10-12 Milliarden). Wie ich höre, wollen die Eisenbahner mit der Sache kommen. Ich erkläre feierlich, dass ich da nicht mit tue. Wir haben vier Milliarden noch unbedeckt. Und es ist ganz ausgeschlossen. Ich bedauere nur, dass es noch immer Herren gibt, welche sich auf diesen</p>	<p>1) <u>Mayr:</u> verliest Berichte. <u>Grimm:</u> Forderungen gehen dahin ähnlich, dass über die März-Zulage neu alle Kategorien, die weniger bekommen haben, durch die unglückliche Zuwendung an die Verkehrsangestellten, die Ausgleichung erhalten sollen. Keiner soll mehr, aber auch keiner weniger erhalten. Ich erkläre feierlich, dass ich selbst nicht mittue, wenn die Perpetuierung der Eisenbahner-Zuwendung erfolgt. Vorauszahlungen für März.</p>

Standpunkt stellen.

Pesta: Ich möchte nur erwähnen, dass gerade die Vertreter des Finanzministeriums den Standpunkt der Perpetuierung vertreten haben. Sie haben mich und den Tomschik bloßgestellt.

~~Es ist sträflich, dass~~

Grimm: Es ist umso sträflicher, dass gerade Wilfling, dem ich so streng aufgetragen habe.

Mayr: Es ist wohl nichts einzuwenden, dass wir das März ohne Zulage geben. Zunächst ...

Pesta: Das werden sich die Eisenbahner ~~sieh~~ nicht gefallen lassen. Wenn die Ausgleichszulage gegeben würde, so würden endlich beide Gruppen auf das gleiche Niveau gebracht werden. Das bedingt die Wiederholung der Osterzulage. Das kostet 12 Milliarden. [22]

//

Grimm: Mehrforderung der Besoldungsreform. Wenn eine Regierung das verantworten kann, dass 12.000 Millionen. Die Situation war die denkbar ungünstigste für die Kreditverhandlung. Entweder bewilligt man das, oder Streik der Eisenbahner. Es ist jedenfalls vernichtend, wenn die 12 Milliarden gewilligt würden. Das hätte zur Folge, dass der Finanzminister unmöglich mittun kann.

Breisky: Die große Schwierigkeit ist immer die Ungleichheit zwischen Beamten und Eisenbahnern. Kann man das nicht ausgleichen?

Grimm: Der Ministerratsbeschluss auf 25 Prozent war schon ungeheuerlich, aber dass der Hauptausschuss die 50 Prozent bewilligt ...

Pesta: Ich muss die schwersten Vorwürfe dem Wilfling machen.

Pesta: Gerade die Finanzvertreter stehen von vornherein auf dem Standpunkt, dass die Sache perpetuiert werden muss. Das für März ist nicht zu machen. Die Verkehrsangestellten hätten dann nur die 50 Prozent bekommen:

Grimm: Besoldungsreform kostet seit dem 4. Nachtrag 8 Milliarden.

Jetzt sollen noch 12 Milliarden dazukommen, das kann keine Regierung verantworten. Die Situation ist für die Kreditverhandlungen einfach unmöglich.

Grimm: Die Eisenbahner können nicht verlangen, dass die Eisenbahner sich nach ihnen richten. In den oberen Rangsklassen haben die Eisenbahner weniger, aber wir dulden es.

Uebelhör: Es sind Missverständnisse vorhanden. Die Eisenbahner sind vor-, aber die Beamten sind gekommen und wollten dasselbe haben. Die Zuwendung von Ostern für die Eisenbahner wurde unbedingt verlangt. Wir haben festgestellt, dass die Forderungen der Staatsangestellten eigentlich begründet sind. Es hieß: Ganz unabhängig davon werden die Eisenbahner im April dieselbe Forderung stellen, wie im März. Wir fragten uns, was dann? Denn dann werden die Staatsbeamten dieselbe Forderung.

Grimm: Hat das Komitee Beschluss gefasst, ob die Forderung bewilligt werden soll oder nicht?

Uebelhör: Wir haben das alles über unsere Kompetenz gehend betrachtet. Der Schlüssel liegt bei den Eisenbahnern, da die Eisenbahner unabhängig von der Regierung und Finanzministerium. Die Eisenbahner gehen zum Hauptausschuss, wenn die Eisenbahner denselben Leidensweg durchmachen müssen.

Grimm: Ich habe heute den Wilfling in der schärfsten Weise gesagt, reden Sie nicht immer von Perpetuierung.

//

Der Regierung bleibt nichts übrig als abzulehnen.

Uebelhör: schildert die Verhandlung im Komitee.

Pesta: Die politischen Faktoren müssen zur ...

Uebelhör: ~~Die Staatsbediensteten~~ Die Eisenbahner sind durch Osterzuwendungen den Staatsangestellten vorgekommen. Das hat zur Folge gehabt, dass die Staatsangestellten unbedingt auf der Ausgleichung bestehen. Vorgestern ist angekündigt worden, dass die Eisenbahner im April wieder Forderungen erhoben haben wie im März.

halten und nicht einen Teil gegen den anderen ausspielen. Eine vollständige Erhaltung des Niveaus der Besoldungsordnung ist unmöglich, ohne draufzuzahlen. Es muss eine Aufbesserung der pragmatisierten Beamten und der Eisenbahner oben Platz greifen.

Grimm: Es scheint Missverständnis. Ich bin ganz einverstanden, dass man den Beamten - - gibt. Es handelt sich nur doch darum, soll und in welcher Form das Ostergeschenk jetzt den Staatsbeamten releviert wird. Da werden die Eisenbahner ja auch für April etwas wollen oder sogar die Perpetuierung. Der Pesta war aber einverstanden, dass den Eisenbahnern die April-Zulage bekommen. Also bitte.

Pesta: Das ist doch klar.

Resch: März-Vorauszahlung und Osterzulage. Die Regierung kann nur beschließen. Die Staatsbeamten sollen selbe wie im März bekommen.

Uebelhör: Wenn die Beamten, wie es der Bund verlangt, bekommen, das vollkommen gleichgestellt in den Bezügen der Rangsklassen für den Monat März. Wenn die Beamten aber die Angleichung an die Gemeinde Wien gegeben werden, so ergibt sich der Fall, dass die Unterkategorie der Beamten noch immer schlechter als Eisenbahner. Die oberen besser. Die oberen Eisenbahner werden den Ausgleich verlangen, das lassen sich die unteren Eisenbahner nicht gefallen. Wegen Aufrechterhaltung der Spannung.

Grimm: Der Ausgleich, oben ist ja beabsichtigt. 1.200 Millionen würde das kosten Das wäre

Grimm: Ganz einverstanden, dass die Staatsbeamten ihren März-Vorschuss auch im April bekommen. Jetzt fragt es sich, soll und in welcher Form die zu Ostern den Eisenbahner gegebene Oster-Zuwendung den Staatsbeamten releviert werden. Wenn die Eisenbahner dann wieder eine solche Zuwendung wollen, so ist das ganz unmöglich.

Resch: Die Staatsbeamten sollen dasselbe wie im März und die Oster-Zuwendung erhalten. Die Eisenbahner können aber nichts bekommen.

Uebelhör: Der Ausgleich ohne ist beabsichtigt: Wenn die Vorlage durchgeht, werden alle unteren Kategorien der Staatsangestellten und der Bahn gleich sein. Nur die oberen Kategorien der Eisenbahner wären schlechter dann, wie die oberen Kategorien der Staatsangestellten.

theoretisch ein möglicher Weg. Aber nur zu erreichen, wenn wieder repetiert.

Pesta: Das Grundübel ist die 100-prozentige Erhöhung bei den pragmatisierten Beamten.

//

Müller, Pesta, Grimm

Grimm: Das Gesetz ist jetzt vom Ministerrat weg, denn das ist der erste Schritt zu den 12 Milliarden. Das können keine Mitglieder der Regierung tun. Steht auf. Ist doch Wahnsinn.

Uebelhör: Es wird vielleicht klar werden, wenn man konkrete Ziffer nimmt - - -

Grimm: Es darf doch niemanden in der Regierung geben, der einen solchen Standpunkt vertritt.

Pesta: 1.000 Frauen in ... Postdienst. Die sind in der achten oder neunten Rangsklasse. Meine Beamtinnen sind Unterbeamtinnen und haben nicht mitmachen können.

Das Richtlinien-System war sinnlos.

Grimm: Tun Sie doch nicht so, dass das Finanzministerium das Richtlinien-Avancement aus freien Stücken gemacht hätte.

Zuerst die Postsparkasse. - - -

Pesta: Wenn die Regierung es auf einen Generalstreik ankommen lassen will, bitte.

Heinl: Der ... hat mehr als ein Rechnungsbeamter der IX. Rangsklasse. Die Forderungen der Eisenbahner sind unvernünftig.

Pesta: Ich kann unmöglich zugeben, dass für die Beamten etwas gemacht wird, ohne dass für die Eisenbahner etwas gemacht wird.

Uebelhör:

Resch: Reden Sie nicht.

Pesta: Man hat drei Beförderungstermine hindurch die Staatsangestellten bevorzugt, die Eisenbahner haben das nicht mitgemacht. Das wollen die Eisenbahner auch für sich geltend machen.

Grimm: Aber das Komitee muss doch wissen, was die Herren beschlossen haben.

Uebelhör: Der Hauptausschuss ist verfassungsrechtlich nicht befugt, die Eisenbahner-Forderung zu bewilligen.

„Die Herren“

Wilfling: Ausmaß der Aprilzulage. Den Staatsbeamten wurde einstimmig, da den Beamten, die im März zugesagt oder geben wir einmal.

[23] //

Außerdem verlangt sie aber „Ostergeschenke“ an die Eisenbahner.

Daraus ergibt sich, dass die Staatsbahnbeamten in den obersten Gruppen noch Beträge zu fordern haben.

Über das Ausmaß der Schädigung der Beamten bestehen verschiedene Ansichten. Der Bund hat sich errechnet: < Kompromissvorschlag
Mayr erscheint wieder $\frac{3}{4}$ 11 Uhr.

Auf den Komitee-Vorschlag ist der Bund natürlich sofort eingegangen. Aber die Situation ist dadurch nicht besser geworden. Die Beratungen der Vertreter der Regierung:

1) Einstimmig anerkannt, dass den Beamten der Betrag, um den sie im März zu wenig erhalten, aber zugleich mit der Wiederholung der März-Vorauszahlung.

2) Für jede Frau und jedes Kind Beträge zu zahlen. Abgelehnt.

Aufgrund dieser Vorschläge ist nun geprüft worden, ob diese Sätze richtig sind.

Ergab, dass in der.G.A. 2500 - - - herauskommen.

Tabelle Wilfling:

Es ist ein Vergleich zwischen Apfel und Birne.

Das ist nicht zu machen.

Der Finanzrat in der 7. wird weniger haben als der Oberrechnungsrat in der 7.

Der Antrag würde darauf hinauslaufen, in der

VI 1000

VI 2500

VIII 2.400

IX 1.900

X 2.200

2.000

1.800

Auf die 5. entfällt nichts, auf die 6. sehr wenig, sehr misslich für die Akademiker. Die werden unterstützt werden vom Zentralverband. Alle sollen also 2.000 Kronen bekommen, wo Unterschied. Das würde aber Auswirkung auf die Eisenbahner haben.

Die Kommission meinte nun, es wäre notwendig, mit den Akademikern vertraulich Fühlung zu nehmen und zu sagen, dass es nicht geht. Aus diesem Anlass (Osterzuwendungen) das Leistungsprinzip in den Vordergrund zu stellen. Dass sie zurückstellen wollen und dafür eintreten, dass den weiteren Wünschen der höheren Beamten bei der dauernden Regelung erfüllt werden. //

Die Meinungen sind geteilt, ob man die oberen Gruppen unberücksichtigt sind [*sic!*].

Grimm: Ich möchte klarstellen, dass es sich um einen vollen Ausgleich aufgrund der einmaligen Zuwendungen handelt. Der Eisenbahner kann sich dann nicht beklagen, dass er weniger hat,

Wilfling: gibt Darstellung über Satzungs-Komitees.

Zentralverband und Gewerkschafts-

Kommission: Verlangen 2.500, außerdem 250

Frauen und 150 für Kinder.

Aufgrund des Beschlusses der

Regierungsvertreter wurden gestern

Berechnungen gemacht, wobei sich ergeben hat,

dass dieselben Gruppen noch mehr zu

bekommen hätten, als der Bund vorschlägt.

Für die V. Rangsklasse entfällt nichts. Das ist

auch bedenklich. Vertraulich sich mit den

Akademikern in Verbindung setzen und

zusichern.

Grimm: Es handelt sich hier um einen völligen Ausgleich der einmaligen Zuwendungen.

als die Staatsbeamten im März. Ist das richtig?
Also dann müssen Herr Minister zugeben, dass Sie früher im Irrtum waren.

Pesta: Ausgleich gegenüber den Eisenbahnern.

Unter der Voraussetzung, dass die Osterzuwendungen aufrecht bleibt. Das ist aber nicht der Fall. "Wenn die" pragmatisierten Bediensteten.

Wilfling: Zwei Positionen: Der untere Angestellte im Verwaltungsdienst mit Vorauszahlung 48.000, Eisenbahner 52.400, Eisenbahner haben 50 Prozent dazubekommen. Ich frage, welche Angestellten haben diesen Betrag?

Antwort: Die Beamten der 9.

Man darf den Fall nicht perpetuieren. Wenn etwas Dauerndes daraus werden soll, dann Eisenbahner und Beamte zusammengespannt werden. Bei den Eisenbahnern wird man oben hinaufgehen müssen. Wir werden unsere Spannung insofern verringern müssen, als wir bei den oberen Klassen aufhören.

Grimm: Wenn man einen Ausgleich schaffen will und er nicht mehr kostet als 1.200 Milliarden.

Wenedikter: Die Differenz in der Kommission betrifft nur die oberen Rangsklassen. Es wurde ein Durchschnittsbetrag von 2500 Kronen gefordert. Die Stimmung war ziemlich günstig. Einen ungünstigen Eindruck würde es hervorrufen. Wenn wir vorschlagen 1.200 Kronen von der 6. aufwärts, so wäre das eine Erhöhung der Teuerungszulage gewesen. Man

Wilfling: Man müsste daran gehen, und müssen Staatsangestellte und Staatsbahn zusammengespannt werden. Man kann aber den Fall, der bereits gemacht wurde, nicht perpetuieren.

Grimm: Wenn es zu den Ausgleichungsverhandlungen kommt, müssen wir von einem gewissen Betrag ausgehen. (Darüber hat man schon 1200 Millionen festgesetzt).

Wenedikter: Die Differenz in der Kommission betrifft nur die oberen Rangsklassen. Verlangt wurde von ... 2.500 Kronen. Eine Gruppe der Kommission: Beantragt für die oberste Gruppe 1.200 Kronen.

kann aber alles herausrechnen.

Es hat sich herausgestellt, dass die Berechnungen des Bundes unrichtig sind zu Ungunsten der Staatsbeamten, wie oberen Rangsklassen der Beamten.

Grimm: Der Vorschlag Wenedikter ist sehr sympathisch. Aber nur durchführbar, wenn aufgrund Übereinkommen mit

[24] //

Eisenbahner erreichen, dass diese keine Konsequenzen ziehen. Nur dann wäre die Ausgleichung möglich. Die Besprechung mit den Eisenbahnern. Es ist schwer möglich, eine Ziffer aufzustellen, die alle Rechnungsmethoden. Aber man müsste noch den richtigen haltbaren Schlüssel finden. Ich würde den oberen Rangsklassen nichts geben. Das würde die Eisenbahner zu sehr reizen. Die künftigen Verhandlungen mit den Eisenbahnern würden es sehr erleichtert, wenn man jene jetzt ... die HR zum Fraß vorwirft.

Pesta:

Resch: Ich möchte davon warnen, einen Appell zu richten. Wenn sie schon im März nicht einverstanden waren, so jetzt doch auch. Wir können einfach dieser nichts geben.

Wilfling: Die Ziffer wäre Summe der bereits Vorauszahlung gegenüberstellt den voraussichtlichen Spannungen zwischen Aushilfsdiener und V. 2.000 Kronen. Aber wenn man betont, dass es nur einmalig war.

Breisky: Antrag geht vor.

Grimm: Nein. Es ist kein Antrag. Ich weiß nicht, was es kostet. Ich würde auch empfehlen, mit

Grimm: Wäre einverstanden, aber nur wenn Eisenbahner damit einverstanden wären. Es müsste mit ihnen erst verhandelt werden.

Uebelhör: Hier den obersten Rangsklassen nichts zu geben, weil dadurch die Eisenbahner noch mehr aufgereizt werden würden.

[21] //

Grimm: Würde empfehlen, vorher mit den Akademikern zu sprechen.

den Akademikern vorher zu sprechen.

Pesta: Ich mache aufmerksam, dass das ist die Angleichung ist [*sic!*] an die Eisenbahner inklusive Osterzulage.

Grimm: Nein. 39 Milliarden würde das ausmachen. Die Einnahmen des Staates sind 29 Milliarden. Niemand darf sich finden in der Regierung.

Breisky: Es geht der Vorschlag des Wilfling vor. Das bedeutet, Ausgleichung um das, was die Eisenbahner durch das Ostergeschenk mehr bekommen haben. Das ist der Antrag der Kommission. Es soll aber ... Mit den Akademikern soll aber gesprochen werden.

Angenommen.

Pesta: Die Forderungen der Eisenbahner sind schon angemeldet. Tomschik war bei mir. Wenn die

//

Pragmatisierung der März-Sache wiederholt wird, so ist es klar, dass bei den Entpragmatisierten sich das auch wiederholen muss.

Ich stehe nicht blind der Situation gegenüber.

Grimm: Ist es möglich, dass man statt der Zuwendung an die Beamten das hinausschiebt und jetzt schon mit den Eisenbahnern verhandelt?

Leonhard: Das wollten wir ja. Aber das war unmöglich.

Uebelhör: Es werden nun den Organisationen bestimmte Ziffern genannt. Wäre es nicht möglich, die Kommission zu ermächtigen, bei den einzelnen Positionen ein klein wenig höher

Den Vorschlag Wilfling.

Antrag: Eine Ausgleichung dessen, um was die Eisenbahner durch das Ostergeschenk vorgeschossen sind.

Angenommen.

Pesta: Konstatiere, dass die Forderungen der Eisenbahner schon angemeldet sind (Wiederholung des Ostergeschenks). Wenn nun für die pragmatisierten Bediensteten die Mehrsache [*sic!*] wiederholt wird, so ist es klar, dass es bei den entpragmatisierten Verkehrsbediensteten sich dasselbe wiederholen wird. Ich stehe nicht blind der Situation gegenüber.

Grimm: Ist es möglich, dass man selbst die Zuwendung hinausschiebt und jetzt schon wegen Pragmatisierung an die Eisenbahner verhandelte?

Uebelhör: Wäre es nicht möglich, um die Verhandlungen zu erleichtern, dass die Kommission Mitglieder bei der einen oder anderen Ziffer etwas hinauszugehen.

<p>zu gehen?</p> <p><u>Breisky:</u> Es muss der Schein einer genauen Berechnung erweckt werden.</p> <p><u>Wenedikter:</u> Dass man also verhandelt aufgrund dieser Beträge.</p> <p><u>Mayr:</u> Deputierter der Zentralverbände verlangt die Zurückziehung der Besoldungsordnung und verkürzte Verhandlung mit den Zentralverbänden.</p>	<p><u>Wenedikter:</u> Wenn die heutigen Verhandlungen abgestellt würden, handelt es sich darum, ob die Regierung am 15/4 wenigstens die März-Zuwendungen auszahlen darf.</p> <p><u>Mayr:</u> Deputierter verlangt die Zurückzahlung der Besoldungsordnung bis zur Äußerung der Organisationen.</p> <p>Abgelehnt.</p>
<p>$\frac{3}{4}$ 12 Uhr [25]</p>	<p>$\frac{3}{4}$ 12</p>
	<p>Es handelt sich nun darum, welche notwendigen Erhöhungen seitens den Angestellten Organisationen im Laufe des heutigen Tages zu geben wären.</p> <p>Hierüber entwickelte sich eine eingehende Debatte, an welcher sich der Vizekanzler, und die Bundesminister Dr. Grimm, Dr. Pesta und Dr. Resch, sowie die Sektionschefs Wenedikter und Dr. Uebelhör beteiligten, wobei unter anderem Schlüssel auch die Frage des Falles einer Ergänzung der März-Vorschüsse an die Beamten der V. Rangsklasse zur Sprache-ge Erörterung gelangt.</p> <p>Schlüssel genehmigt erteilt der Ministerrat den grundsätzlichen den Vorschlag des Ministerialkomitees Beschluss, dass entsprechend dem Vorschlag des Ministerial-Komitees den Staatsangestellten im Monate April eine Zuwendung im gleichen Ausmaß wie im Monat März zu erfolgen ist und dieser Betrag</p>

	<p>noch durch Betrag noch zu erhöhen sein wird, durch die die Mehrbezüge angeglichen in entsprechend abgestuften Beträgen zu erheben ist, durch welche das ... mehr ausg... ausgeglichen werden soll, dass den Verkehrsangestellten gegen durch das sozialen Osterzuwendungen gegenüber den Staatsangestellten gewertet wurde. Von einer Wiederholung dieser Osterzuwendung an die Verkehrsangestellten hat es sein Abkommen zu haben.</p> <p>Bundesminister Pesta konstatiert hierauf, dass die Forderungen der Eisenbahner auf Wiederholung dieser Osterzuwendungen im Monate April von den Organisationen bereits angemeldet worden seien.</p> <p>Schlüssel genehmigt die Weiters erteilt der Ministerrat dem Ministerial-Komitee die Ermächtigung auf der vor dieser Gruppen[<i>sic!</i>]/lage mit den Angestellten- Organisationen in weitere Verhandlungen noch zu treten und stimmt schließlich der Auszahlung der März-Zuwendungen am 15/4, vermehrt um die nach... zufolge feststehenden Nachrangsklassen abgestuften Er...ungs- Beträgen zu.</p>
	<p>a) Vorauszahlung März b) dazu die Beträge für alle integrieren, dass sie das gleiche haben wie die Eisenbahner.</p>

MRP Nr. 71 vom 8. April 1921

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Bericht über die am 8. April mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und der Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaft und der Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände durchgeführte Verhandlungen (3 Seiten); Forderungen (1 Seite)

B e r i c h t

über die am 3. April 1921 mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und der Sektion der öffentlichen Angestellten der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände durchgeführte Verhandlungen.

Gegenstand : Vorauszahlungen für den Monat April 1921.

Es lagen folgende Forderungen zur Verhandlung vor :

- 1.) Forderung der Sektion der öffentlichen Angestellten auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaß wie im Monate März und darüber hinaus eines Betrages, durch den das Plus, das den Verkehrsangestellten durch die ihnen gewährte Osterzuwendung gegenüber den Staatsangestellten gewährt wurde, ausgeglichen wird. Die Beträge sind nach Dienstkategorien ziffermäßig von 2.500 bis 500 K abgestuft. Außerdem wird der Ausgleich in den Familienzulagen gegenüber den Verkehrsangestellten gefordert.
- 2.) Forderung der Arbeitsgemeinschaft auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaß wie im Monate März und darüber hinaus eines einheitlichen Betrages von 2.500 K für jeden Angestellten. Ferner wird ebenso wie im P. 1 der Ausgleich in den Familienzulagen gefordert (150 K für jedes Kind und 250 K für die Gattin)

Der Vertreter der Sektion der öffentlichen Angestellten schloß sich sodann der von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Forderung an, zu der die Regierungsvertreter mit nachfolgender Erklärung Stellung nahmen :

- 1.) Die im Monate März gegebene Vorauszahlung wird im April ausbezahlt.
- 2.) Die Regierungsvertreter sind bereit, bei der Regierung dafür einzutreten, daß über das Ausmaß der Märzzahlungen hinaus ein weiterer Betrag bezahlt wird. Die Feststellung seiner Höhe muß aber wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf eine den Verkehrsangestellten zu gewöhnliche Vorauszahlung gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen der Bundesan-



000001

./.

7

gestellten und den Vertretern der Verkehrsangestellten vorbehalten bleiben.

- 3.) Sollten diese Verhandlungen nicht rechtzeitig zu einem befriedigenden Abschlusse führen, so wird Vorsorge getroffen werden, daß die Auszahlung sub P. 1 unbedingt am 15. April erfolgt.
- 4.) Die sich nach den Verhandlungen ergebende Aufzahlung wird binnen kürzester Frist, jedenfalls aber noch im Monate April, flüssig gemacht werden.

Zu dieser Erklärung gab Prof. S c h i n d l e r im Namen sämtlicher anwesenden Organisationsvertreter die Gegenerklärung ab, daß nach einstimmigem Beschlusse der Vertreter der Vorschlag der Regierung als vollkommen unannehmbar bezeichnet und glatt abgelehnt werde. Die Vertreter seien hierbei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei der Beratung der März-Zuwendung an die Eisenbahner im Hauptausschusse von Seite der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß der goldliche Effekt für den Bundesangestellten mitgerechnet werden müsse, weil diese Zuwendung nicht ohne Rückwirkung auf die Staatsangestellten bleiben werde. Aus der Hinnahme dieser Bemerkung im Hauptausschusse ging die Zustimmung desselben zu dieser Rückwirkung hervor, so daß für eine Zuerkennung an die Bundesangestellten bereits im weiteren Rahmen vorgesorgt sei. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen halten ihre bereits formulierten Forderungen aufrecht, legen sie der Regierung neuerlich vor und ersuchen um eine präzise Erklärung, wie sich die Regierung nach Ablehnung ihres Vorschlages zu den Angestelltenforderungen stellt.

Darauf gaben die Regierungsvertreter die folgende Erklärung ab:

Da die vorbehaltlose Genehmigung der neuerlich gestellten Forderungen über den Rahmen der den Regierungsvertretern vorgezeichneten Verhandlungsgrundsätze hinausgehen, müssen sie hierüber der Regierung berichten. Nach Maßgabe der Entschliessungen der Regierung werden die Verhandlungen in den allernächsten Tagen fortgesetzt werden. Damit jedoch die Auszahlung der März-Beträge bis spätestens 15. April sichergestellt werden kann, beabsichtigen die Regierungs-



vertreter der Regierung den Antrag zu unterbreiten, daß die Verfügungen wegen Flüssigmachung dieser Vorauszahlungen sofort erlassen werden.

Darauf erklärte der Präsident des Zentralverbandes, *Schiederl*, namens sämtlicher Vertreter der Angestelltenorganisationen :

Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Regierungsvertreter nicht mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sind, um die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen. Wir bedauern, daß die Verhandlungen erst in den nächsten Tagen fortgesetzt werden sollen, weil daraus tatsächlich für uns die Besorgnis, es könnte eine Verzögerung eintreten, erwächst. Um Verzögerungen zu vermeiden, wollen wir der Regierung bis Samstag, den 9., 8 Uhr abends Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu unseren Forderungen einer Aenderung zu unterziehen. Sollte diese Aenderung nicht eintreten, so werden wir den Organisationen über die Sachlage berichten.

Darauf erklärte der Vorsitzende, Sektionschef *Wenedikter*, daß bis Samstag eine Stellungnahme der Regierung nicht möglich sei, daß aber bis Montag voraussichtlich die Regierung ihre Beschlüsse gefaßt haben werde.

Janicki gab sodann für die Angestelltenvertreter folgende Schlusserklärung ab :

Im Auftrage sämtlicher vertretenen Organisationen teile ich mit, daß der in der Erklärung des Präsidenten *Schiederl* zum Ausdruck gebrachte ablehnende Standpunkt aufrecht erhalten wird u.zw. zur Gänze, daß jedoch mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Vollmachten der Regierungsvertreter nicht soweit gehen, um heute Stellung nehmen zu können, die Organisationen sich entschlossen haben, den Regierungsvertretern bis Montag, 12 Uhr mittage, zur Einholung neuerlicher Vollmachten Raum zu geben.

Sektionschef *Wenedikter* sagte in seinem Schlusswort : daß über den Verlauf der Verhandlungen der Regierung unverzüglich werde berichtet werden. Da den Entschliessungen des Ministerrates in keiner Weise vorgegriffen werden könne, könne auch die Einhaltung des von den Angestelltenvertretern gestellten Termines nicht zugesagt werden.



Golpgraben
Pindap

F o r d e r u n g e n

der in der Sektion der öffentlichen Angestellten innerhalb der Gewerkschaftskommission zusammengeschlossenen Organisationen von staatsangestellten /Bund der öffentlichen Angestellten, Sicherheitswache, Militärgewerkschaft/ :

Vorauszahlung im Ausmass wie März, verehrt um :

- a/ Für Aushilfsdiener- und Aushilfsdienerkräfte . . .1800 K,
- b/ für Aufsdienere, Unterbeamte, Kanzleihilfen und Kanzleiaushilfskräfte /gleichgestellte Vertragsangestellte/ 2000 K,
- c/ für Offizianten und Beamte ohne R.Kl. 2200 K,
- d/ für Beamte der Gruppen D und E in der
XI. und X. R.Kl. 2200 K,
Gruppen D und E in der IX.u.VIII.R.Kl. 2500 K,
" " " " " VII.R.Kl. 2000 K,
- e/ für Beamte der
Gruppe G in der XI. und X.P.Kl. 2200 K,
" G " " IX.P.Kl. 2500 K,
" G " " VIII. und VII.R.Kl. 2800 K,
" G " " VI.P.Kl. 600 K,
- f/ für Beamte der
Gruppen A und B in der X.bis VII P.Kl. 2200 K,
" A " B " " VI. P.Kl. 1000 K.



A

B e r i c h t

Über die am 3. April 1921 mit den Vertretern der Arbeitsgemeinschaft und der Sektion der Öffentlichen Angestellten der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände durchgeführte Verhandlungen.

Gegenstand: Vorauszahlungen für den Monat April 1921.

~~Es lagen folgende Forderungen zur Verhandlung vor:~~

- 1.) ^{Sta} Forderung der Sektion der Öffentlichen Angestellten auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaß wie im Monate März und darüber hinaus eines Betrages, durch den das Plus, das den Verkehrsangestellten durch die ihnen gewährte Osterzuwendung gegenüber den Staatsangestellten gewährt wurde, ausgeglichen wird. Die Beträge sind nach Dienstkategorien differenziert von 3.500 bis 600 K abgestuft. Außerdem wird der Ausgleich in den Familienzulagen gegenüber den Verkehrsangestellten gefordert.
- 2.) Forderung der Arbeitsgemeinschaft auf Zahlung einer Zuwendung im gleichen Ausmaß wie im Monate März und darüber hinaus eines einheitlichen Betrages von 2.500 K für jeden Angestellten. Ferner wird ebenso wie in P. 1 der Ausgleich in den Familienzulagen gefordert (150 K für jedes Kind und 250 K für die Gattin).

Der Vertreter der Sektion der Öffentlichen Angestellten ^{Willa} schloß sich sodann der von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Forderung ^{qualifizieren} an, zu der die Regierungsvertreter mit nachfolgender Erklärung Stellung nahmen:

- 1.) Die im Monate März gegebene Vorauszahlung wird im April ausbezahlt.
- 2.) Die Regierungsvertreter sind bereit, bei der Regierung dafür einzutreten, daß über das Ausmaß der Märzabhlungen hinaus ein weiterer Betrag bezahlt wird. Die Feststellung seiner Höhe muß aber wegen der unvermeidlichen Rückwirkungen auf eine den Verkehrsangestellten zu gewährende Vorauszahlung gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen der Bundesan-



gestellten und den Vertretern der Verkehrsangestellten vorbehalten bleiben.

3.) Sollten diese Verhandlungen nicht rechtzeitig zu einem befriedigenden Abschlusse führen, so wird Vorsorge getroffen werden, daß die Auszahlung sub P. 1 unbedingt am 15. April erfolgt.

4.) Die sich nach den Verhandlungen ergebende Aufzahlung wird binnen kürzester Frist, jedenfalls aber noch im Monate April, flüssig gemacht werden.

Zu dieser Erklärung ^{gab} Prof. S c h n i d l e r im Namen sämtlicher anwesenden Organisationsvertreter die Gegenerklärung ^{gegeben} ab, daß nach einstimmigem Beschlusse der Vertreter der Vorschlag der Regierung als vollkommen unannehmbar bezeichnet und glatt abgelehnt werde. Die Vertreter seien hierbei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei der Beratung der März-Zuwendung an die Eisenbahner im Hauptausschusse von Seite der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß der geldliche Effekt für den Bundesangestellten mitgerechnet werden müsse, weil diese Zuwendung nicht ohne Rückwirkung auf die Staatsangestellten bleiben werde. Aus der Hinahme dieser Bemerkung im Hauptausschusse ging die Zustimmung desselben zu dieser Rückwirkung hervor, so daß für eine Zuerkennung an die Bundesangestellten bereits in weiteren Bahnen vorgesorgt sei. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen halten ihre bereits formulierten Forderungen aufrecht, legen sie der Regierung neuerlich vor und ersuchen um eine präzisere Erklärung, wie sich die Regierung nach Ablehnung ihres Vorschlages zu den Angestelltenforderungen stellt.

Darauf ^{gaben} die Regierungsvertreter die ^{folgende} Erklärung ^{ab-} ^{geben}: Da die vorbehaltlose Genehmigung der neuerlich gestellten Forderungen über den Rahmen der den Regierungsvertretern vorgezeichneten Verhandlungsgrundätze hinausgehen, müssen sie hierüber der Regierung berichten. Nach Maßgabe der Entschliungen der Regierung werden die Verhandlungen in den allernächsten Tagen fortgesetzt werden. Damit jedoch die Auszahlung der März-Beträge bis spätestens 15. April sichergestellt werden kann, beabsichtigen die Regierungs-



vertreter der Regierung den Antrag zu unterbreiten, daß die Verfügungen wegen Flüssigmachung dieser Vorauszahlungen sofort erlassen werden.

Darauf erklärte der Präsident des Zentralverbandes, Schiebl, namens sämtlicher Vertreter der Angestelltenorganisationen *erklärt*:

Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Regierungsvertreter nicht mit den nötigen Vollmachten ausgestattet sind, um die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen. Wir bedauern, daß die Verhandlungen erst in den nächsten Tagen fortgesetzt werden sollen, weil daraus tatsächlich für uns die Besorgnis, es könnte eine Verzögerung eintreten, erwächst. Um Verzögerungen zu vermeiden, wollen wir der Regierung bis Samstag, den 9., 8 Uhr abends Gelegenheit geben, ihren Standpunkt zu unseren Forderungen einer Aenderung zu unterziehen. Sollte diese Aenderung nicht eintreten, so werden wir den Organisationen über die Sachlage berichten.

Darauf erklärte der Vorsitzende, Sektionschef W e n e d i k t e r, daß bis Samstag eine Stellungnahme der Regierung nicht möglich sei, daß aber bis Montag voraussichtlich die Regierung ihre Beschlüsse gefaßt haben werde.

J a n i o k i *füllt* gab sodann für die Angestelltenvertreter folgende Schlussklärung ab *gegeben*:

In Auftrage sämtlicher vertretenen Organisationen teile ich mit daß der in der Erklärung des Präsidenten S c h i e b l zum Ausdruck gebrachte ablehnende Standpunkt aufrecht erhalten wird u.zw. zur Gänze, daß jedoch mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Vollmachten der Regierungsvertreter nicht soweit gehen, um heute Stellung nehmen zu können, die Organisationen sich entschlossen haben, den Regierungsvertretern bis Montag, 12 Uhr mittags, zur Einholung neuerlicher Vollmachten Raum zu geben.

Sektionschef W e n e d i k t e r *füllt* sagte in seinem Schlusswort *gesagt*, daß über den Verlauf der Verhandlungen der Regierung unverzüglich werde berichtet werden. Da den Entschliessungen des Ministerrates in keiner Weise vorgegriffen werden könne, könne auch die Einhaltung *der* von den Angestelltenvertretern gestellten Termines nicht zugesagt werden.



B

F o r d e r u n g e n

der in der Sektion der öffentlichen Angestellten innerhalb der Gewerkschaftskommission zusammengeschlusenen Organisationen von Staatsangestellten /Bund der öffentlichen Angestellten, Sicherheitswache, Militärgewerkschaft/ :

< Vorauszahlung im Ausmass wie März, vermehrt um : *haben im Monate Vorlaufs*

- a/ Für Aushilfsdiener- und Aushilfsdienerkräfte . .1800 K,
- b/ für Amtsdienler, Unterbeamte, Kanzleigehtlifen und Kanzleiaushilfskräfte /gleichgestellte Vertragsangestellte/ 2000 K,
- c/ für Offizianten und Beamte ohne R.Kl. 2200 K,
- d/ für Beamte der Gruppen D und E in der
 - XI. und X. R.Kl. 2200 K,
 - Gruppen D und E in der IX.u.VIII.R.Kl. 2500 K,
 - " " " " " VII.R.Kl. 2000 K,
- e/ für Beamte der
 - Gruppe C in der XI. und X.R.Kl. 2200 K,
 - " C " " IX.R.Kl. 2500 K,
 - " C " " VIII. und VII.R.Kl. 2800 K,
 - " C " " VI.R.Kl. 600 K,
- f/ für Beamten der
 - Gruppen A und B in der X.bis VII R.Kl. 2200 K,
 - " A " B " " VI. R.Kl. 1000 K.



11